

# Festhalten am gescheiterten Abkommen

Der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, Nationalrat Thomas Hurter, über die Situation im Tessin

Von Beni Gafner, Bern

**BaZ:** Herr Hurter, welche Bilanz zieht die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) nach ihrem zweitägigen Besuch an der Südgrenze?

**Thomas Hurter:** Wir haben festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Behörden im Migrations- und Sicherheitsbereich national gut funktioniert, während die Zusammenarbeit mit Italien aufgrund der dortigen Bürokratie nicht optimal funktioniert. Die Infrastruktur im Tessin ist extrem ausgelastet. Unsere Behörden arbeiten mit einfachen Mitteln. Die Asylsuchenden sitzen im Bahnhof Chiasso beispielsweise einfach auf einer Bank und werden von Grenzwächtern befragt. Eine Haupt-sorge der Tessiner Behörden ist, was passiert, sollte die Einwanderung in die Schweiz eines Tages nicht mehr so friedlich ablaufen, wie das heute der Fall ist. Es gibt Befürchtungen, dass die heutigen Abläufe so nicht mehr möglich sind, wenn aggressivere, gewaltbereite Migranten anderer Ethnien kommen.

«Gewalt und Sicherheit könnten plötzlich zum grossen Thema werden.»

**Muss Migration vermehrt unter dem Sicherheitsaspekt betrachtet werden?**

Wir stellen zuerst einmal unvoreingenommen fest, dass das Tessin geografisch betrachtet einen Trichter darstellt, der in eine Millionenmetropole mündet. Durch die Massnahmen in Frankreich und Österreich hat dieser Trichter eine vermehrte Sogwirkung. Festzustellen ist aufgrund von Zahlen, die uns präsentiert wurden, dass die Kriminalität von Süden nach Norden wandert. Was die Tessiner sehr beschäftigt, ist die Frage nach Massnahmen, wenn die Migration nicht mehr so friedlich abläuft, wie das heute mit den Eritreern der Fall ist.

**Welches ist die aktuelle Situation?**

40 Prozent aller Asylsuchenden kommen über das Tessin in die Schweiz. Allein im Juni werden es rund 3000

sein, praktisch 100 pro Tag. 70 Prozent sind Eritreer. 80 Prozent der Ankommenden sind junge Männer.

Bekannt wurde, dass bei überlasteter Infrastruktur im Tessin Hunderte Asylsuchende ein SBB-Billett erhalten und selbstständig in andere Empfangszentren nördlich des Gotthards geschickt werden. War das auch Thema?

Ja. Wir wollten wissen, wie viele sich tatsächlich am Zielort melden. Uns wurden dazu unterschiedliche Zahlen genannt. Offiziell hiess es, zehn Prozent kämen nicht im vorgegebenen Empfangszentrum an. Andere nannten eine höhere Zahl von Migranten, die irgendwo unterwegs ausgestiegen sind. Diese Situation ist unbefriedigend und muss geklärt werden.

**Die SIK ist nicht zuständig für Migrationsfragen. Können Sie trotzdem zur Lösung des Problems beitragen?**

Wir führen jedes Jahr ein zweitägiges Seminar zu einem wichtigen Thema durch. Nach einem Besuch des Flughafens Zürich im letzten Jahr stand dieses Jahr die Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden im Fokus. Unser Besuch war schon seit Monaten geplant. Wir sind also nicht aufgrund der aktuell verschärften Lage ins Tessin geeilt. Zur Zusammenarbeit der Behörden und zur Situation im Migrationsbereich werden wir nun einen Bericht verfassen, der als Grundlage dient für politische Massnahmen. Ein Punkt dabei wird sein, dass die EU die Migrationsproblematik nicht mehr länger als zweitrangiges Thema behandeln soll. Angesichts der Dynamik der Migrationsprobleme muss dieses Thema auf supranationaler Ebene prioritär behandelt werden.

**Ist das Schengen/Dublin-Abkommen gescheitert?**

Die Kommission wird in ihrem Bericht festhalten, dass ein Teil der Tessiner Sicherheitsbehörden das Dublin-System gegenüber Italien als gescheitert betrachtet. Man will aber an Schengen-Dublin trotzdem festhalten, weil es keine Alternative gibt und weil man nach einem Austritt vom Schengen Informationssystem und der Fahndungsdatenbank abgeschnitten wäre.



**Durchgezogene Bilanz.** Sicherheitspolitiker Thomas Hurter (SVP, rechts) und Marco Romano (CVP) in Mendrisio. Foto Keystone

**Wird das Thema Migration und die angespannte Lage im Tessin in den Medien zu heiss gekocht, wie dies NZZ und das Internetportal Watson kürzlich darstellten?**

Wir haben auch darüber mit den Tessinern geredet. Wir sind der Meinung, dass die angespannte Lage in den Medien nicht übertrieben dargestellt wird. Man kann die heutige Situation nicht mit der Zeit des Balkankriegs vergleichen, als über 40000 Asylsuchende kamen. Heute ist ein Ende des verstärkten Zustroms von Migranten nicht absehbar. Man erwartet, dass das auf unabsehbare Zeit so weitergehen wird. Die Tessiner Behörden haben heute die Lage im Rahmen einer friedlichen Bewegung unter Kontrolle – mit grosser Kraftanstrengung. Es ist aber möglich, dass Gewalt und Sicherheit plötzlich zum grossen Thema werden. Das Thema wird nicht künstlich angeheizt.

**Die Situation ist angespannt, aber unter Kontrolle**

**Mendrisio.** Die Migrationssituation an der Schweizer Südgrenze ist unter Kontrolle, doch die Zusammenarbeit mit Italien sollte verbessert werden. So die Bilanz der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SIK). Die SIK war in Mendrisio mit Vertretern des Grenzschutzkorps, der Kantons-polizei und Mitarbeitern des Empfangs- und Verfahrenszentrums Chiasso zusammengetroffen. Die 25 Parlamentarier informierten sich auf ihrem zweitägigen Besuch über die «Sicherheit an der Südgrenze» – im Tessin waren gemäss Grenzschutz in den vergangenen zwei Wochen über 900 Migranten angekommen. Die Auffangzentren im Südkanton seien an ihre Kapazitätsgrenzen gestossen, sagte Nationalrat Marco Romano (CVP, TI). Im Empfangs- und Verfahrenszentrum in

Chiasso seien Matratzen ausgelegt worden, um allen eine Schlafmöglichkeit zu bieten. Einige Asylsuchende bekämen ein Zugbillett, um in ein anderes Zentrum in der Romandie oder der Deutschschweiz zu reisen. Insgesamt sei die Situation unter Kontrolle, sagte Romano weiter. Alle beteiligten Akteure seien sich einig gewesen, dass es die Situation an der Südgrenze verschlimmern würde, sollte die Schweiz die Schengen/Dublin-Abkommen aufkündigen. Verbesserungsvorschläge macht die Kommission bei der Infrastruktur und dem Personal: Am Bahnhof in Chiasso kommen 90 Prozent der Migranten an – trotzdem müssten sich dort Grenzwächter und Neuankömmlinge ein WC teilen. Problematisch sei auch der Einsatz von ortsfremden Grenzwächtern im Tessin. SDA

## Absage an dritte Generation

Keine erleichterte Einbürgerung

**Bern.** Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK) lehnt die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation ab. Sie hat sich mit sieben zu fünf Stimmen gegen eine Vorlage ausgesprochen. Die SPK verweist auf den grossen administrativen Aufwand. Zudem müssten laut revidiertem Bürgerrechtsgesetz bei einer erleichterten Einbürgerung dieselben Integrationskriterien erfüllt sein wie bei der ordentlichen Einbürgerung, schreiben die Parlamentsdienste. Und mit der doppelten Anrechenbarkeit der Aufenthaltsdauer zwischen dem 8. und dem 18. Altersjahr gebe es bereits eine Erleichterung, die auch von Angehörigen der dritten Ausländergeneration geltend gemacht werden könne. Die SPK beantragt dem Ständerat daher, auf die Vorlage nicht einzutreten. Diese geht zurück auf eine parlamentarische Initiative der Waadtländer SP-Nationalrätin Ada Marra. Die Nationalratskommission arbeitete daraufhin eine Verfassungs- und eine Gesetzesänderung aus, die das Plenum in der Frühlingssession angenommen hat.

Voraussetzung für die erleichterte Einbürgerung wäre die Geburt in der Schweiz, dass mindestens ein Grosseltern teil hier geboren ist oder ein Aufenthaltsrecht besessen hat, und dass mindestens ein Elternteil hier geboren ist oder vor dem 12. Altersjahr eine Aufenthaltserlaubnis erworben hat. Weil die erleichterte Einbürgerung, für die der Bund allein zuständig ist, laut Verfassung nur bei Abstammung, Heirat und Adoption möglich ist, müsste auch die Verfassung geändert werden. SDA

## Der Staat soll nicht für die Atomkraftwerke haften müssen

Bundesrat soll Finanzierungsrisiken bei Stilllegung und Entsorgung ausschliessen

Von Daniel Ballmer, Bern

Im vergangenen Winter hat der Nationalrat den Atomausstieg nochmals etwas hinausgezögert. Und doch: Der Ausstieg rückt näher. Viele Fragen zu Stilllegung der AKW und Entsorgung der radioaktiven Abfälle sind aber weiter ungelöst. Auch in Deutschland verzögert sich die definitive Endlagerung von Atommüll. Die Kosten könnten sich damit auf rund 70 Milliarden Euro verdoppeln, berichtet die *Handelszeitung*. Deutsche Politiker warnen: Letztlich müsse der Steuerzahler für die fehlenden Milliarden geradestehen, weil die Rückstellungen der Stromkonzerne nicht ausreichen.

Genau das wollen Politiker von Mitte-Links in der Schweiz verhindern. Per Motion wollen der Solothurner SP-Nationalrat Philipp Hadorn und seine Mitstreiter nun den Bundesrat beauftragen, einen Massnahmenplan vorzulegen. Dieser soll aufzeigen, wie die Haftungsrisiken für Bund, Kantone und Gemeinden reduziert oder gleich ganz ausgeschlossen werden können.

**Verursachergerechte Finanzierung**

Bei der erst vor einem Monat abgelaufenen Vernehmlassung zur Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung hatten auch die Grünliberalen den Finger auf diesen wunden Punkt gelegt. Im Sinne der Verursachergerechtigkeit sei es zwingend, dass die Kosten für den Rückbau der AKW vollständig durch den Fonds gedeckt werden.

Doch dieses Ziel ist derzeit weit entfernt: Erst kürzlich kritisierte die Eidgenössische Finanzkontrolle, die Beiträge der AKW-Betreiber seien zu tief. Statt 11,5 Milliarden Franken waren Ende 2013 nur 5,3 Milliarden in dem Fonds. Kämen die Betreiber ihren Verpflichtungen nicht nach, läuft der Bund Gefahr, die fehlende Differenz begleichen zu müssen. SP-Nationalrat Hadorn vergleicht die Haftungsrisiken denn auch mit einer «Black Box». Noch ist völlig unklar, welche Kosten auch dem Staat beim Atomausstieg drohen könnten.

**Zu optimistische Kostenschätzung**

Für die GLP ist klar: Die Deckung des Fonds muss rasch angehoben werden. Die Grünen ihrerseits fordern, dass gleichzeitig die Grundannahmen in den Kostenstudien angepasst werden. Aktuelle Rückbauprojekte in Deutschland zeigten, dass diese bislang unrealistisch tief ausgefallen seien. Gleiches gelte für die Schweiz: Auch hierzulande seien die heutigen Kostenschätzungen viel zu optimistisch. So könne etwa eine frühzeitige Ausserbetriebnahme wie beim AKW Mühleberg die Betreiber in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen.

In der letzten Kostenstudie von 2011 veranschlagten die Betreiber der AKW Mühleberg, Gösgen, Leibstadt und Beznau die Kosten für Stilllegung und Entsorgung auf gut 20 Milliarden Franken. Andere Experten gehen aber von viel höheren Zahlen aus: Risiken wie Bauverzögerungen, Verzug wegen rechtlicher Einsprüche oder böse Über-

raschungen unter Tage seien gar nicht berücksichtigt. Und das, obwohl man bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle schon heute hinter dem ursprünglichen Fahrplan liegt. Das Problem: Liegen die Kostenschätzungen daneben, bedeutet das für den Bund grosse finanzielle Risiken. Denn sie bestimmen, wie hoch die Einlagen der AKW-Betreiber in die Fonds zur Deckung der Stilllegungs- und Entsorgungskosten ausfallen müssen.

Gegen höhere Beiträge in die Fonds wehren sich mehrere AKW-Betreiber. Sie stören sich daran, dass der Bundesrat den Sicherheitszuschlag um 30 Prozent erhöht hat – und haben Beschwerde eingereicht.

**Es herrscht Klärungsbedarf**

Unterstützung finden sie auf bürgerlicher Seite. So ist der Sicherheitszuschlag auch für die FDP nicht nachvollziehbar und unverhältnismässig. Sie teilt die Meinung nicht, dass die Deckung nicht sichergestellt ist und der Bund damit ein erhebliches Risiko trägt. Auch für die SVP lasse sich eine Finanzierungslücke derzeit nicht prognostizieren.

Das sieht SP-Nationalrat Hadorn ganz anders. Nun will er es genau wissen: Deshalb fordert er den Bundesrat auf, das Risiko aufgrund von Kosten und Finanzierung zu berechnen. Es gelte, bisherige Versäumnisse der Risikoerfassung auszuräumen. Nur so werde eine nachhaltige Finanzpolitik der öffentlichen Hand überhaupt möglich. Rund um den Atomausstieg herrscht noch viel Klärungsbedarf.

## Nachrichten

### Wahlssysteme: Mehr Freiheit für Kantone

**Bern.** Die Kantone sollen bei der Ausgestaltung ihrer Wahlssysteme mehr Freiheiten erhalten. Dieser Auffassung ist die Staatspolitische Kommission des Ständerates. Sie hat Standesinitiativen der Kantone Zug und Uri für eine Änderung der Bundesverfassung zugestimmt, wie die Parlamentsdienste mitteilen. Stimmt die Schwesterkommission des Nationalrates ebenfalls zu, kann die Ständeratskommission eine Verfassungsänderung ausarbeiten. SDA

### Kein Vetorecht bei radioaktiven Abfällen

**Bern.** Ein Endlager für radioaktive Abfälle soll auch gegen den Willen des betroffenen Kantons gebaut werden dürfen. Die Energiekommission des Nationalrates (Urek) hat eine Standesinitiative des Kantons Schaffhausen für ein Vetorecht abgelehnt. Nein sagte die Urek auch zur parlamentarischen Initiative, die verlangt, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle im Ausland als gleichwertige Alternative zur Entsorgung im Inland gilt. SDA

### Ja zu nationalem Innovationspark

**Bern.** Der Bund soll den nationalen Innovationspark unterstützen. Nach dem Nationalrat hat sich auch die beratende Kommission des Ständerates dafür ausgesprochen. Sie ist aber dagegen, die Gelder aus den Baurechtszinsen für Fördermassnahmen zugunsten sämtlicher Innovationspark-Standorte zu verwenden. SDA